

Fünf Gründe gegen die Legalisierung der Prostitution



Prostitution soll nicht Legalisiert werden

Quelle: envato/ Gio

In acht Ländern gilt bezüglich Prostitution das «Nordische Modell». Nun nennt Autorin Joe-Lize Kruijsse-Brugge fünf Gründe, die gegen eine Legalisierung sprechen. EDU und EVP zeigen auf, wie die Lage aktuell in der Schweiz aussieht.

«Kaum zu glauben, aber die Zahl junger Menschen, die mit Sex Geld verdient, steigt», schreibt Joe-Lize Kruijsse-Brugge in einer Kolumne auf der christlichen Plattform «CNE.news». «Zugleich fließen beachtliche Summen öffentlicher Gelder in die Lobbyarbeit zur Entkriminalisierung der Prostitution. In Europa gibt es einen unsichtbaren, aber stetigen Druck, Prostitution zu normalisieren.»

Joe-Lize Kruijsse-Brugge nennt fünf Gründe, die gegen eine Entkriminalisierung sprechen (gekürzt wiedergegeben):

1. Entkriminalisierung widerspricht dem Völkerrecht

Die UN-Konvention zur Unterdrückung des Menschenhandels und der Ausnutzung der Prostitution anderer betont ausdrücklich, dass «Prostitution und der damit einhergehende Menschenhandel unvereinbar mit der Würde und dem Wert der menschlichen Person sind und das Wohlergehen des Einzelnen, der Familie und der Gesellschaft gefährden».

Diese Abkommen wurden von zahlreichen Ländern unterzeichnet. Sie verpflichten sich damit unter anderem, Zuhälterei zu bekämpfen und die Nachfrage durch rechtliche Massnahmen zu senken – etwa durch Bestrafung der Freier, wie es das sogenannte «Nordische Modell» vorsieht. Dieses kriminalisiert Sexkäufer, nicht jedoch die Prostituierten selbst.

Es sei «absurd, von Gesetzgebern zu verlangen, Bedingungen zu schaffen, unter denen Sexarbeit in Würde ausgeübt werden kann», heisst es im Bericht des «European Centre for Law and Justice» (ECLJ). «Prostitution ist in sich eine Form von Gewalt und verletzt die menschliche Würde.»

2. Entkriminalisierung gefährdet die Jugend

Die Legalisierung von Prostitution sendet vor allem an junge Menschen ein verheerendes Signal. Auch der Konsum von Pornografie – der laut UN-Sonderberichterstatterin Reem Alsalem nichts anderes als gefilmte Prostitution sei – ist unter Minderjährigen weit verbreitet.

Dieser hypersexualisierte Kontext erhöht das Risiko, dass junge Menschen – insbesondere Mädchen – selbst in die Prostitution geraten. Pornografie normalisiere Sex als Konsumgut und fördere zugleich die Nachfrage nach realer Prostitution, so Alsalem.

3. Prostitution ist meist Zwang

Nur eine Minderheit der Prostituierten bezeichnet ihre Tätigkeit als freie Wahl. Studien belegen, dass die grosse Mehrheit durch äussere Umstände – oft durch Zwang, Abhängigkeit oder Armut – in der Branche landet. Eine EU-Resolution von 2023 kam zu dem Ergebnis, dass etwa 70 Prozent der rund 30'000 Prostituierten in den Niederlanden unter Druck stehen, ihren Körper zu verkaufen. Zudem ist

Prostitution der Bereich, in dem der meiste Menschenhandel stattfindet.

Wenn ein Mensch nicht in der Lage ist, wirklich freiwillig über seinen Körper zu entscheiden, ist seine Würde fundamental verletzt, betont UN-Sonderberichterstatterin Alsalem. Die Gesellschaft habe die Pflicht, diese Würde zu schützen – eine Legalisierung von Prostitution sei deshalb nicht vertretbar.

4. Die Kriminalisierung von Freiern wirkt

Während die Entkriminalisierung negative Effekte hat, zeigt die Kriminalisierung von Freiern positive gesellschaftliche Auswirkungen. In Schweden beispielsweise sank der Anteil der Männer, die Sex kaufen, von 13,6 Prozent (1995) auf 7,9 Prozent (2008) – nachdem das Nordische Modell eingeführt wurde.

Auch die Gewalt gegenüber Prostituierten und der Menschenhandel gingen zurück. In Ländern, die Prostitution verboten haben, gibt es deutlich weniger Morde an Prostituierten.

5. Legalisierung hilft Prostituierten nicht

In Ländern, in denen Prostitution legal ist, gibt es paradoxerweise mehr Menschenhandel. Laut Europol nutzen Täter legale Strukturen als Tarnung. Die Legalisierung stoppt auch nicht die illegalen Praktiken: In Deutschland sind von schätzungsweise 250'000 Prostituierten nur etwa 28'280 offiziell registriert – also rund elf Prozent. Die Mehrheit arbeitet weiterhin im Verborgenen, wo Kontrolle kaum möglich ist. Für die Polizei wird es dadurch schwieriger, gegen Ausbeutung vorzugehen, weil zwischen legaler und illegaler Prostitution unterschieden werden muss.

So sieht es in der Schweiz aus

«In der Schweiz ist Prostitution seit den 1940er Jahren legal. Vor einigen Jahren wurde das Schutzalter von 16 auf 18 Jahre erhöht, unter anderem auf Druck der USA hin», erklärt Samuel Kullmann, Grossrat im Kanton Bern und politischer Mitarbeiter der EDU. «Auf Bundesebene ist meines Wissens kein weiterer Vorstoss hin zum Nordischen Modell geplant, eine Massnahme, welche die EDU Schweiz explizit unterstützt und als elementar erachtet um erfolgreich gegen Menschenhandel vorgehen zu können.»

EVP-Kommunikationsleiter Dominic Täubert erklärt: «Die Schweiz hat eine liberale Gesetzgebung für Prostitution. Deshalb ist die Schweiz auch Ziel- und Transitland für Menschenhandel. Da die grosse Mehrheit der Menschen in der Prostitution sich unter Zwang oder aus Not prostituieren und so Opfer von sexueller Ausbeutung sind, setzt sich die EVP für ein Sexkauf-Verbot (nach dem Nordischen Modell) ein. Vorstösse der EVP dazu sind im Parlament aber deutlich gescheitert. Aktuell zeichnet sich in der Schweiz keine politische Mehrheit für diese wirkungsvolle Massnahme gegen sexuelle Ausbeutung ab. Auch sonst zeichnen sich aktuell keine grösseren Veränderungen auf Bundesebene ab.»

Christliche Parteien setzen sich ein

Da die Vorstösse der EVP für ein Sexkauf-Verbot im Parlament klar gescheitert seien, engagiere sich die EVP zurzeit für Ausstiegshilfen, welche eine weitere Säule des Nordischen Modells bilden. «Aktuell hängig ist das Postulat [‘Effektive Neuorientierungsprogramme für Personen, die aus der Prostitution aussteigen möchten’](#) von EVP-Nationalrat Marc Jost. Ergänzend wurden in den Kantonen dazu Vorstösse eingereicht und teilweise schon umgesetzt oder sind in Planung», erklärt Dominic Täubert. «Da es zurzeit schwierig ist, eine politische Mehrheit zu diesem Thema zu finden, bemüht sich die EVP aber auch darum, die gesellschaftliche Debatte über sexuelle Ausbeutung zu fördern. Dafür unterstützt und plant die EVP Fachveranstaltungen zum Thema.»

Auch die EDU wird sich dem Thema weiterhin widmen – Samuel Kullmann: «Die EDU Schweiz behält das Thema aufmerksam im Blick. Da der Vorstoss für das Nordische Modell vor nicht allzu langer Zeit leider mit sehr grosser Deutlichkeit abgelehnt wurde, warten wir auf einen besseren Zeitpunkt, das Anliegen einzubringen. In der Zwischenzeit bin ich zum Beispiel mit der Frauenzentrale Zürich und in einer überparteilichen Parlamentarier-Gruppe in einem regelmässigen Austausch zu diesem Thema.»

Zum Thema:

[Ausbeutung durch Prostitution: Ist das Nordische Modell ein Ausweg?](#)
[Hilfe beim Ausstieg: Wie «blossom» Frauen in Prostitution aufblühen lässt](#)
[SPD-Politiker Lauterbach: Prostitutionsverbot in Deutschland gefordert](#)

Datum: 14.04.2025

Autor: Daniel Gerber

Quelle: Livenet

Tags

Christen in der Gesellschaft

Ethik

Politik

Schweiz